

L1 Get Up, Stand Up: Für Gerechtigkeit umverteilen!

Gremium: Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Schleswig-Holstein
Beschlussdatum: 03.09.2024
Tagesordnungspunkt: 10 Anträge

Antragstext

1 Die Inflation sorgt immer noch dafür, dass unser Wocheneinkauf teurer wird, die
2 Kosten für Grundbedürfnisse wie Wohnen oder KiTa-Plätze steigen. Gleichzeitig
3 stagnieren die Löhne und Sozialleistungen wie z.B. BAföG passen genauso wenig
4 zur Preisentwicklung wie die Reallöhne. Die logische Konsequenz: Immer mehr
5 Menschen rutschen in die Armut ab. Besonders betroffen sind dabei
6 Alleinerziehende, Studierende und Geringverdiener*innen. Laut aktuellen Studien
7 leben fast 40% der Alleinerziehenden in Deutschland unterhalb der Armutsgrenze¹,
8 Studierende kämpfen mit einem BAföG-Satz, der seit Jahren nicht ausreichend
9 angepasst wird, während die Mieten für studentisches Wohnen in Großstädten seit
10 2018 um über 20% gestiegen sind².

11 Diese Lebensrealitäten der Allermeisten sind das Ergebnis einer Sozialpolitik,
12 die versagt hat, die Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt zu stellen.
13 Anstatt die soziale Sicherheit zu stärken, werden Kürzungen vorgenommen und die
14 Lasten auf die Schwächsten in unserer Gesellschaft abgewälzt – während einige
15 Wenige im Minutentakt reicher werden. Es ist Zeit für eine gerechtere Verteilung
16 des Reichtums in unserem Land.

17 Gerechtigkeit heißt, Geflüchteten & Kommunen zu helfen, anstatt sie totzusparen

18 Die Bundesregierung betreibt eine Politik, die die ohnehin prekären
19 Lebensbedingungen vieler geflüchteter Menschen weiter verschärft. Anstatt
20 Geflüchteten den Schutz zu bieten, den sie dringend benötigen, werden die Mittel
21 für Unterkünfte gekürzt und Geflüchtete gegen die Ärmsten unserer Gesellschaft
22 ausgespielt. Diese menschenverachtende Politik befeuert nicht nur den
23 Rechtsruck, sondern schürt auch Abstiegsängste, Kontrollverlust und
24 Existenzsorgen bei immer mehr Menschen.

25 Dabei muss doch immer klar sein: Geflüchtete Menschen sind nicht das Problem.
26 Der politische Umgang mit Geflüchteten, welcher immer auch zu einem
27 gesellschaftlichen Umgang führt, ist das Problem. Es gäbe keine sogenannte
28 "Migrationskrise", wenn die Gerechtigkeitskrise nicht existieren würde.

29 Aber solange migrantisierte und geflüchtete Menschen instrumentalisiert werden,
30 um die schwächsten Gruppen unserer Gesellschaft gegeneinander aufzuhetzen und
31 sich um das vermeintlich letzte kleine Stück Kuchen streiten zu lassen, wird
32 sich an der gesellschaftlichen Stimmung, an der Politik- und
33 Demokratieverdrossenheit und am Rechtsrutsch nichts zum positiven verändern – es
34 wird schlimmer werden. Eine Politik, die Geflüchtete als Sündenböcke
35 missbraucht, zerstört nicht nur das Leben der Betroffenen, sondern untergräbt
36 auch die soziale Sicherheit aller.

37 In einem Staat, der systematisch Menschen ausbeutet, gilt es, sich zu
38 solidarisieren und sich zusammenzutun – und dafür zu sorgen, dass arbeitende
39 Menschen wütend auf Konzernchefs statt Geflüchtete werden.

40 Gerechtigkeit heißt Vergesellschaftung!

41 Gerechtigkeit kann nur dann erreicht werden, wenn niemand mehr Angst haben muss,
42 sich das Leben nicht mehr leisten zu können. Doch in unserer Gesellschaft liegt
43 die Kontrolle über lebenswichtige Ressourcen wie Kliniken, Wohnraum und
44 Energieversorgung in den Händen weniger großer Konzerne. Dieser Zustand muss
45 beendet werden. Alles, was die Erfüllung von Grundbedürfnissen betrifft, gehört
46 in die öffentliche Hand! Die systematische Privatisierung öffentlicher Güter
47 muss gestoppt und rückgängig gemacht werden.

48 Es ist nicht hinnehmbar, dass wenige Profit aus der Not der Vielen schlagen.
49 Wohnen, Gesundheit und Bildung sind Menschenrechte und dürfen nicht den Gesetzen
50 des Marktes unterworfen werden. Nur durch die Vergesellschaftung zentraler
51 Bereiche der Daseinsvorsorge können wir sicherstellen, dass alle Menschen die
52 gleichen Chancen auf ein gutes Leben haben.

53 Gerechtigkeit heißt das Ende der Schuldenbremse

54 Generationengerechtigkeit bedeutet, die Klimakrise als das zu begreifen, was sie
55 ist: eine Systemkrise. Es ist an der Zeit, die Schuldenbremse zu überwinden und
56 massive Investitionen in einen sozial gerechten Klimaschutz zu tätigen.

57 Nur durch eine klare Abkehr von neoliberalen³ Sparzwängen und eine entschlossene
58 Politik der Umverteilung können wir sicherstellen, dass auch zukünftige
59 Generationen auf einem lebenswerten Planeten aufwachsen.

60 Gerechtigkeit heißt: Tax The Rich!

61 In einer gerechten Welt gibt es eins nicht mehr: Milliardäre. Der unermessliche
62 Reichtum einiger Weniger steht in krassem Gegensatz zur Armut und Unsicherheit,
63 in der viele Menschen leben. Um endlich das gute Leben für alle zu erkämpfen,
64 braucht es eine konsequente Umverteilung von oben nach unten. Wir fordern: Tax
65 The Rich! Nur so können wir die dringend benötigten Investitionen in Bildung,
66 Gesundheit, Wohnen und Klimaschutz finanzieren und für eine gerechtere Welt
67 sorgen.

68 Get Up, Stand Up – Umverteilung für das gute Leben!

69 –

70 ¹: [https://www.der-](https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Fachinfos/doc/broschuere_armutsexpertise-2024-2.pdf)
71 [paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Fachinfos/doc/broschuere_armutsexpertise-](https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Fachinfos/doc/broschuere_armutsexpertise-2024-2.pdf)
72 [2024-2.pdf](https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Fachinfos/doc/broschuere_armutsexpertise-2024-2.pdf)

73 ²: Siehe Mietmonitoring der IBSH.

74 ³: neoliberal = Neoliberalismus ist eine Art des Liberalismus, die eine
75 freiheitliche, marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung mit den entsprechenden
76 Gestaltungsmerkmalen wie privates Eigentum an den Produktionsmitteln, freie
77 Preisbildung, Wettbewerbs- und Gewerbefreiheit anstrebt und staatliche Eingriffe
78 in die Wirtschaft auf ein Minimum beschränken will - "der Markt regelt das". Die
79 Folge ist Profitmaximierung von Wenigen statt staatlich regulierte Verteilung um
80 einen armutsfesten Sozialstaat zu schaffen.